

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7/8 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Mohrenstr. 34, 4 1/2 Sgr. Inzerate die Zeile 3 Sgr.

Das erste Vierteljahr des Bestehens unseres Blattes geht zu Ende, und die andauernde Steigerung der Zahl unserer Abonnenten giebt uns die erfreuliche Zuversicht, den Beifall unserer Leser gefunden zu haben. Wir hoffen uns diesen Beifall durch die unveränderte Haltung unseres Blattes auch fernerhin zu erhalten. Wir ersuchen unsere Abonnenten, die **Erneuerung ihrer Abonnements** bei den betreffenden Postanstalten möglichst zeitig zu bewirken, damit sie das Blatt ohne Unterbrechung regelmäßig erhalten. Gleichzeitig ersuchen wir unsere Leser durch größtmögliche Verbreitung unseres Blattes unserm Unternehmen ihre Unterstützung zuzumessen zu lassen.

Die Redaktion der Verfassung.

An unsere Leser.

Mag das Urtheil unserer Leser über unsere Befähigung zur Erreichung des selbstgesteckten Zieles, ein Volksblatt im guten Sinne des Wortes zu schreiben, noch so wenig günstig lauten, ein Zeugniß werden sie uns nicht verjagen können: das Zeugniß, daß wir unsere Ansichten in ruhiger Form und majestätischer Sprache vorzutragen gewohnt sind. Nichtsdestoweniger ist unser Blatt in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits zweimal ohne Angabe des Grundes von der Polizei mit Beschlag belegt worden. Das erste Mal hat das Gericht die Maßregel der Polizei nicht gebilligt und wir waren daher in der Lage, den nachmahlich beanstandeten Artikel später nachbringen zu können. Auch das andere Mal hat man uns die mit Beschlag belegte Nummer zurückgeben müssen, da eine Verbreitung derselben nicht stattgefunden hatte und somit der Thatbestand einer strafbaren Handlung nicht vorlag. Es wurde uns jedoch die Bemerkung gemacht, daß, so wie die Verbreitung versucht werden sollte, die Anklage wider uns erhoben werden würde.

Jedermann wird zugeben, daß unsere Lage, da man uns über die Seiten der Polizei für strafbar gehalten

nen Stellen nicht das Geringste mitgetheilt hatte, als eine wenig erfreuliche bezeichnet werden muß. Einerseits haben wir dem Publikum gegenüber die Verpflichtung übernommen, offen und frei die Tagesfragen und die in unserem Vaterlande herrschenden Zustände zu besprechen. Andererseits halten wir es für unsere Aufgabe, jeden Zusammenstoß mit dem Strafgesetze zu vermeiden. Nicht etwa, weil wir die nicht eben durch Milde ausgezeichnete Strafmaße desselben fürchteten, sondern hauptsächlich deshalb, weil wir es für die Pflicht eines jeden Bürgers ansehen, die bestehenden Gesetze zu achten, möge er mit den Bestimmungen derselben auch noch so wenig einverstanden sein.

Was bleibt uns also übrig? Nichts als die Selbst-Censur. Diese haben wir nach bestem Wissen und Gewissen geübt. Wir geben also den nachmahlich beanstandeten Artikel in der heutigen Nummer, nachdem wir ihn auf das Sorgfältigste geprüft und alles möglicherweise Anstoß Erregende daraus gestrichen haben. Freilich ist dadurch jedes Urtheil aus demselben entfernt worden, wir glauben aber, daß die einfache Erzählung der Thatfachen unseren Lesern Gelegenheit bieten wird, sich das Urtheil selbst zu bilden.

Wie entstand der Verfassungsstreit?

Artikel 99 der Verfassung lautet:

„Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im Voraus veranschlagt, und auf den Staatshaushaltsetat gebracht werden.
„Weiter wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt.“

Seitdem Herr von Bismarck die Leitung des Ministeriums übernommen hat, ist die letzte wichtigste Bestimmung dieses wichtigsten Verfassungsartikels unerfüllt geblieben. Was die Veranschlagung zu diesem Zwecke gegeben hat, ist bekannt genug, wird aber von der feudalen Partei gerne durch falsche Darstellung zu ver-

dunkeln gesucht; 'es ist daher wohl der Mühe werth, hier nochmals darauf zurückzukommen.

Das Ministerium Hohenzollern wollte in der Gestaltung unseres Heeres Veränderungen vornehmen, welche nicht nur eine Erschwerung der Verpflichtung zum Kriegsdienste, sondern auch eine Mehrausgabe von vorläufig neun Millionen Thaler jährlich, bei ihrer vollständigen Durchführung aber eine noch viel größere Belastung des Staatshaushalts bedingten. Der Plan zu dieser Veränderung unseres Heerwesens wurde im Jahre 1860 dem Abgeordnetenhaus durch das Ministerium Hohenzollern vorgelegt, welchem auch der gegenwärtige Kriegsminister schon angehört. Als es sich zeigte, daß das Haus nicht geneigt sein werde, die Vorlage der Regierung anzunehmen, weil es die dem Lande daraus erwachsende Mehrbelastung für unerschwinglich hielt, wurde dieselbe zurückgezogen und nur eine außerordentliche, einmalige Bewilligung von neun Millionen Thaler zur Aufrechterhaltung einer vermehrten Kriegsbereitschaft verlangt. Da auch hiergegen noch Bedenken obwalteten, gab der damalige Finanzminister in Gegenwart des noch heute im Amt befindlichen Kriegsministers von Roon und in öffentlicher Sitzung des Abgeordnetenhauses, Namens der Regierung das feierliche Versprechen ab: „daß die von der Regierung verlangten Mittel in keiner Weise zur Schaffung dauernder Einrichtungen verwendet werden sollten.“

Das Abgeordnetenhaus hatte Vertrauen zu dem Minister von Patow, glaubte seinen Worten und bewilligte die geforderten, außerordentlichen Mittel. Als es aber im Jahr 1861 wieder zusammentrat, da war mit Hilfe des auf diese Weise erlangten Geldes die Reorganisation eingeführt und die Regierung legte einen Staatshaushaltsetat vor, in welchen die jährlichen Mehrkosten dieser neuen Einrichtung einfach unter die dauernden Ausgaben aufgenommen worden waren. Auf die erste Frage, was man denn von dem vorjährigen Versprechen zu halten habe, erwiderte die Regierung, man hätte es sich selbst sagen können, daß es nicht möglich sein werde, dasselbe zu erfüllen.

Das Abgeordnetenhaus konnte mit Schillers Wallenstein ausrufen:

„Das war kein Heldenstück, Oktawio!
Nicht deine Klugheit siegte über meine,

Ein Kind nur bin ich gegen solche Waffen.“

Roon war es aber an der Zeit zu handeln, um das durch ein zu großes Vertrauen in Gefahr gebrachte Recht des Volkes zu retten. Hierzu besaß das damalige Abgeordnetenhaus indeß nicht die erforderliche Thatkraft. Es kam zu einer Versöhnung, durch welche die Lösung des entstandenen Konfliktes hinausgeschoben wurde. Man bewilligte die Mittel zur vorläufigen Aufrechterhaltung der Reorganisation unter der Verwahrung, daß ein späteres Abgeordnetenhaus berechtigt wäre, diese einmalige, außerordentliche Bewilligung nicht mehr zu leisten. Die Regierung fügte sich dieser Bedingung, und so schied man in Frieden.

Die im Herbst 1861 erfolgenden Neuwahlen bewiesen, daß das Volk mit dem früheren Abgeordnetenhaus unzufrieden gewesen war. Eine große Anzahl von Mitgliedern der Mehrheit desselben wurden nicht wieder gewählt, entschiedenere Männer traten an deren Stelle. Die Regierung ahnte, was bevorstand und benutzte eine Meinungsverschiebenheit, welche zwischen ihr und der Kammer von 1862 über die Einrichtung des Stats entstand, zur Auflösung des Hauses. Diese That war jedoch ihre letzte. Wenige Tage nach der Kammerauflösung erhielten die liberalen Mitglieder des Ministeriums Auerwald-Hohenzollern ihre Entlassung. In der nun gebildeten Regierung blieben nur der Kriegsminister von Roon und der Handelsminister von der Heydt, welcher zum Finanzminister avancirte und als solcher den bekannten Brief an seinen Kollegen von Roon schrieb. Der neue Finanzminister bewilligte von vorn herein, was die entlassene Regierung für unmöglich erklärt und weshalb sie die Kammer aufgelöst hatte: die anderweite Regelung der Stats. Auch legte er dem im Mai 1862 zusammgetretenen, neugewählten Abgeordnetenhaus mit dem Staatshaushalt von 1862 zugleich den für 1863 vor. In beiden Stats waren aber wieder die Reorganisationskosten als ordentliche, gleichsam selbst verständliche und daher jährlich wiederkehrende Ausgaben aufgenommen.

Der neuen Kammer war Seitens des Volkes die schwere Aufgabe übertragen worden, wieder gut zu machen, was ihre Vorgängerin vom Jahre 1860—61 ver schuldet. Unverdroffen ging sie an ihre Arbeit. Die Kosten der Reorganisation wurden aus dem ordentlichen Budget ausgeschrieben und als die Regierung sich zu keiner, auch nicht der kleinsten Nachgiebigkeit betreffs der Dienstzeit bereit zeigte, verworren. In Folge dieses Vorgehens traten der Finanzminister von der Heydt und der Minister des Auswärtigen Graf Bernstorff zurück. Unter Leitung des bisherigen Gesandten in Paris, von Bismark, bildete sich ein neues Kabinet, in das nur der Kriegsminister von Roon aus dem ehemaligen Ministerium der neuen Aera als eiserner Bestand beibehalten wurde. Mit dem neuen Leiter der Regierung kamen auch neue, bis dahin in Preußen nicht gehörte Gedanken in dieselbe. Der Ministerpräsident von Bismark stellte die Behauptung auf, die Verfassung verbinde die Regierung nur zur Aufstellung eines Stats, die Kammer habe die Verpflichtung, die nach dem Entschessen derselben zum Bestehen des Staats notwendigen Ausgaben zu bewilligen, geschähe dies nicht, so wäre die Regierung berechtigt, dem durch das Abgeordnetenhaus festgestellten Haushaltsgesetz ihre Genehmigung zu versagen, und es sei dann ein im Artikel 99. der Verfassung nicht vorgesehener Fall eingetreten. Für die Regierung entsehe daraus die Berechtigung, auf eigene Verantwortlichkeit den Staatshaushalt weiter zu führen.

Solche, nur persönliche Ansichten widerspiegelnde Auslegungen, konnten natürlich das Abgeordnetenhaus nicht veranlassen, sein Ausgabebewilligungsrecht aufzugeben. Es blieb bei seinen Beschlüssen stehen. Im Herrenhaus

hatten die Grundzüge des Ministers Anklage gefunden, es verwarf den ganzen vom Abgeordnetenhaus genehmigten Etat. Wenige Tage darauf wurde das Abgeordnetenhaus verlegt. Im Herbst erfolgte dessen Auflösung. Das Volk ließ indes die Vertreter seines Rechtes nicht im Stich und wählte sie wieder. Auch mit dem 1863 neuerrichteten Hause erfolgte keine Einigung. Die Regierung beharrte abermals bei der Forderung, das Abgeordnetenhaus müsse die Mittel zur Aufrechterhaltung der Reorganisation bewilligen. Als das nicht geschah, verwarf das Herrenhaus abermals den Etat, und die Regierung verlegte abermals den Landtag, ohne daß ein Staatshaushaltsgesetz zu Stande gekommen war. Eine neue Auflösung scheint man als hoffnungslos aufgegeben zu haben.

Solchen Thatfachen gegenüber, wie wir sie in dieser kurzen Geschichte des Streites auseinandergesetzt haben, sind die feudalen Mächte less genzig, täglich gedankten den Satz zu wiederholen: durch die Schuld des Abgeordnetenhauses ist kein Staatshaushaltsgesetz zu Stande gekommen.

Politische Wochenschau.

Preußen. Als wir vor acht Tagen unsere Wochenschau schrieben, da schien eine drohende Kriegswolke über unserm Vaterlande zu schweben. Unsere aus dem Herzogthümern in die Heimath rückenden Truppen hatten Befehl erhalten, stehen zu bleiben und zwei Armeekorps waren in drohender Stellung gegen Sachsen und Hannover aufgestellt. Aus Sachsen ertönte der Kriegsruf, die Truppen dort wurden mobil gemacht, die Schätze des grünen Gewölbes (der Schatzkammer Sachsens) nach dem ersten Königsjüngling gebracht. Es schien wirklich, als wollte Preußen mit Gewalt den Abzug der Bundestruppen aus Holstein erzwingen und als ob Sachsen sich bis auf den letzten Mann wehren wollte, während Hannover gleich eine große Nachgiebigkeit zeigte. Doch es sah nur einen Augenblick so aus, die große Aktion zwischen Berlin und Leipzig hat sich in eine Bundestags-sitzung in Frankfurt a. M. verwandelt, in welcher Preußen und Oesterreich den Antrag stellten, der Bundestag sollte die Exekutionstruppen abziehen und der Bundestag hat diesen Beschluß mit 9 gegen 6 Stimmen gefaßt. Das Abgeben seiner Stimme gegen den österreichisch-preussischen Antrag war das letzte, was Herr v. d. Pfordten in seiner Eigenschaft als Bundestagsgeandter gethan hat; auf welche Weise er als Premierminister in Bayern seiner Heimath gegen Preußen Luft machen wird, das wird abzuwarten sein.

Es bleibt also Frieden, und die Truppen zogen am 7. d. M. Heggekrönt in die Hauptstadt des Landes ein, geführt von dem Könige, welcher sie vor dem Eingange der Stadt begrüßte. Unendlicher Jubel empfing die Sieger von Düppel und Alsen, das Volk begrüßte seine Söhne und Brüder, welche an der Nordgrenze unseres Vaterlandes dem Vorbertraten preussischen Ruhmes ein neues Blatt hinzugefügt hatten. Es begrüßte sie in dem Bewußtsein, daß diejenigen, welche jetzt heimkehrten von dem Felde der Ehre, im Vaterlande, zurückgekehrt zu ihrer bürgerlichen Beschäftigung, wieder ganz Bürger sein würden und die Pflichten und Rechte eines Bürgers im vollsten Maße ausüben würden.

Aber wie so manches blutende Herz bei dem Jubel des Einzuges der Heuren gedachte, deren Gebirne in fernem Lande, aber Nahe ihrem vergossenen Blute, in deutscher Erde ruhn, so wollen auch wir nicht von diesem Gegenstande ab-

gehen, ohne das Volk daran zu erinnern, was es selbst dem vergossenen Blute seiner Brüder schuldig ist. Es ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß das, was mit diesem Blute erkauft ist, auch erhalten bleibe, daß der Sieg, welchen dieses Blut dem deutschen Volksprogramm verschafft hat, kein vereinzelter bleibe, und daß die altpreussische Wehrverfassung, durch deren Geist getragen unsere Brüder in den Tod gingen, aufrecht erhalten bleibe jetzt und immerdar.

Die Nachricht, daß bei der Nachwahl in Zinten die liberalen Parteien sich getrennt hätten, war eine irthümliche; die Wahl wurde, da eine zweite Abstimmung Stimmengleichheit ergab, durch das Volk entschieden.

Der Abgeordnete Keller (4. Trierer Wahlbezirk) hat sein Mandat niedergelegt.

Der Abgeordnete Lechow hat seinen Proceß gegen den Fiskus wegen der Stellvertretungskosten in erster Instanz beim Stadtgericht zu Königsberg gewonnen, dagegen hat das Appellationsgericht zu Frankfurt a. O. als zweite Instanz, die Abgeordneten Westein, Ebert, Parrisius und Schollmeyer mit ihren Ansprüchen abgewiesen.

Der Abg. Kammerer Hagen ist im Disziplinarwege zu einer Geldstrafe von 100 Thalern verurtheilt.

In Sommerfeld sind die zu Rathsherren gewählten Herren Schmidt und Pannotti nicht bestatigt worden; ein gleiches Loos traf den in die Schulcommission zu Elbing gewählten Dr. Jakob.

Die zu Leipzig erscheinende Deutsche Allgemeine Zeitung welche stets für die Herrschaft des liberalen Preußen in Deutschland gekämpft hat, ist in Preußen verboten worden.

Die Herren Schramm und Bucher, beide Mitglieder der Nationalversammlung im Jahre 1848 und bis zur Amnestie als Flüchtlinge in England lebend, sind in die Dienste des jetzigen Ministeriums getreten.

Im Jahre vor vorigem Wech. ist die Hreschliche Behandlung in dem Pelenproceß zu Ende gegangen. Es hat am 2. December die 86. und letzte Sitzung stattgefunden, die Staatsanwaltschaft hat zum letzten Male ihre Strafanträge gestellt, die Vertheidigung hat zum letzten Male die Freilassung der Angeklagten beantragt, und erst am 23. werden sich Gerichtshof, Staatsanwaltschaft, Angeklagte und Vertheidigung wieder zusammensinden, indem an diesem Tage die Veröffentlichung des Urtheils stattfinden wird.

Kurfürsten. Die Stände hatten sich mit einer Adresse, welche ausfürlich alle Mißstände im Lande aufzählte, an den Kurfürsten gewandt. Dieser hat dieselbe nicht persönlich entgegengenommen und jetzt in einer sehr ungnädigen Antwort die Erwartung ausgesprochen, daß die Stände sich fernerehin jedes mit der Autorität des Kurfürsten nicht zu vereinbarenden Schrittes enthalten werden.

Die demagogischen Unterführungen.

Als die Kriege wider die Franzosen beendet waren, da verfaßten die deutschen Regierungen die Versicherungen zu erfüllen, welche sie dem deutschen Volke in der Zeit der Noth wegen einer freieren Entwicklung des Staatslebens gegeben hatten. Weber am Bundestage, noch in den Einzelstaaten erhielt die Nation die versprochenen und verbriefte Theilnahme am Regiment. In Preußen redete man zwar noch einige Zeit von der 1815, als Napoleon zum Schrecken der deutschen Fürsten von Alts zurückgetehrt war, so feierlich verheißenen reichsständischen Verfassung, die Erfüllung der Zusage wurde aber nie ernstlich in die Hand genommen.

Im Ganzen hatte das Volk nach Beendigung jener Kriege zu viel mit der Wiederherstellung seines gänzlich zerstörten Wohlstandes zu thun, als daß es im Stande gewesen wäre, sich näher um die Einhaltung jener Zusage zu kümmern. Die

Gebildeten aber und die Jugend, welche ihre Studien nach beendeter Kriegszeit wieder aufnehmen, empfanden es schwer, daß man sie im Stande der politischen Unmündigkeit erhalten wollte, und daß mit der schwer erkämpften Befreiung von der Fremdherrschaft eine würdige Stellung des Volkes im Innern nicht errungen war. Den Regierungen, welche sich ihrer Schuld wohl bewußt waren, entging die Unzufriedenheit nicht, sie wurden besorgt, und da es schon damals nicht an Feinden und Verleumdern des Volkes fehlte, welche ihren Vortheil in der Vergrößerung jener Bejorgnisse fanden, so kam es im Jahre 1819 zu der berühmten Karlsbader Minister-Conferenz, auf welcher der letzte Rest der noch bestehenden deutschen Freiheit zu Grabe getragen wurde.

Die in Karlsbad damals versammelten deutschen Diplomaten hielten sich für verpflichtet, zu erklären, daß der Artikel 13 der Bundesakte, welcher bestimmt, daß in allen deutschen Bundesstaaten landständische Verfassungen statthaben sollen, mißverstanden worden sei, er bedeute eigentlich nicht das, was darin liege. Die Presse besetzte man überall der Zensur zu unterwerfen. Jedes unter 32 Bogen starke Buch und jede Zeitschrift mußte der Behörde in der Handschrift vorgelegt werden und durfte nur dann gedruckt werden, wenn es vor deren Augen Gnade fand. Zur Untersuchung „des Ursprungs der in mehreren Bundesstaaten entbedeten revolutionären Antriebe und demagogischen Verbindungen“ wurde in Mainz eine sogenannte Centraluntersuchungskommission niedergesetzt.

Diese Kommission entfaltete eine fieberhafte Thätigkeit. Sie zog hunderte von Personen zur Untersuchung, und legte 3000 Aktenstücke an. Indeß gelang es ihr, nach ihrer eigenen Erklärung, selbst nach zweijährigem rüthigem Arbeiten nicht „eine Ausbeute für die strafende Gerechtigkeit“ zu haben. Nichts desto weniger blieb sie noch Jahre lang bestehen, und gerade in Folge der von ihr ausgehenden Maßregeln stieg dann die Unzufriedenheit unter der Jugend so sehr, daß es in den ersten dreißiger Jahren zu einzelnen Aufstandsversuchen kam, die dann neue umfassende Untersuchungen zur Folge hatten. Gegen mehr als 1800 Angeklugte waren nach dem damaligen geheimen Verfahren Untersuchungen geführt worden und wegen der harmlosesten Dinge waren Jünglinge und Männer zu langjährigen Gefängnisstrafen verurtheilt worden. Ein namentlich bereits verstorbener Freund von uns wurde wegen eines unter seinen Sachen gefundenen Bandes, das er von seiner Braut zum Geschenk bekommen hatte, welches die Untersuchungskommission aber für ein Bundeszeichen hielt, zu mehreren Jahren Festung verurtheilt. In Preußen waren es vorzüglich der Geheimrath Tschoppe*) und der damalige Vorstand des Polizeiministeriums, spätere Justizminister von Kamp, welche die sogenannten Demagogen auf das Gehässigste verfolgten. Die verdienstesten Männer waren vor ihren Denunziationen nicht sicher und kamen in langjährige Untersuchungen. Auch der edle G. M. Arndt, dessen neunzigjährigen Geburtstag unlängst ganz Deutschland gefeiert hat, dem jetzt mit Bewilligung unseres Königs das dankbare Vaterland in Bonn ein Standbild errichtet, entging der Verfolgung dieser Dunkelmänner nicht. Obgleich ihn seine herrlichen Kriegsthaten und seine unter größter Gefahr wider die Befürsunder des Vaterlandes in den Jahren 1809 bis 13 gerichteten Schriften, welche Jugend und Männer zum Kampfe gegen die fremden Unterdrücker aufriefen, wohl vor jedem Verdachte hätten schützen sollen, so wurde er doch im Jahre 1819, allerdings nur auf einen halben Tag, verhaftet und

in eine Jahre dauernde Untersuchung verwickelt. Zwar wurde er endlich freigesprochen und behielt sein Gehalt; aber es wurde ihm nicht gestattet, in seinem Berufe als Lehrer an der Universität Bonn weiter zu wirken. Obgleich er also von jedem Verdacht freigesprochen war, so wurde er dennoch durch Entziehung der Ausübung seines Berufes gestraft. Oder vielmehr nicht er, das Volk wurde geschädigt durch den Verlust der Lehrthätigkeit eines so trefflichen Mannes. Mehr als zwanzig Jahre leitete Arndt allein seinen wissenschaftlichen Arbeiten, bis ihn 1840 Friedrich Wilhelm IV. wieder als Professor anstellte.

Wären wir im Stande, ohne gar zu weitläufig zu werden, alle die sämmtlichen Beschuldigungen wiederzugeben, wider die sich Arndt in der zwei Jahre dauernden Untersuchung zu vertheidigen hatte, unsere Leser würden erlaunen und mit ihrem Urtheil in Verlegenheit sein, was sie mehr verwundern sollte: die Unschuldigkeit oder die Bosheit der Denunzianten. Einen Punkt der Anklage wollen wir ihnen jedoch nicht vorenthalten, er ist sehr bezeichnend für die Grundlage der demagogischen Untersuchungen und für die Leichtfertigkeit, mit welcher die damaligen Heuler ihre Denunziationen schmiedeten.

Im Jahre 1810 hatte der damalige Major, der später so berühmte geworden General von Clausewitz einen sehr ausführlichen Entwurf einer möglichen allgemeinen preussischen und deutschen Volkserhebung wider die Franzosen gemacht. Dieser Entwurf war dem Könige Friedrich Wilhelm III. vorgelegt, aber von diesem nicht genehmigt worden. Der König hatte seine Bedenken mit blauer Bleistift an den Rand des Entwurfes geschrieben. Dieser Entwurf ward Arndt im Jahre 1811, als er auf der Flucht vor den ihn verfolgenden Franzosen einige Zeit in Breslau aufhielt, von seinem Freunde, dem später Reichsfürst so berühmten General Gneisenau, gezeigt. Der Werthvolligkeit wegen schrieb sich Arndt die königlichen Randbemerkungen in sein Tagebuch ab. Sie lauteten wörtlich also:

„Der jeyn sollende Kampf der Verzweiflung ist allerdings besser, als freiwillige Unterjochung.“
„Lèvee en masse.“ „Ausführung und Chaos“ ist „Eins, jeder wird nur seinen Plan verfolgen, wollen und die Verwirrung allgemein werden. Vermuthlich wird der Feind, der auf solche Dinge abgewirkt ist, der Sache schnell den Garaus machen.“
„Ein paar Exekutionen“ und die ganze Sache hat ein Ende. Alles wird sich bald zerstreuen.“
„Bei einer Nation die gewirkt ist und Intelligenz hat, geht so etwas zur Noth an; aber bei uns?“
„Wer wird in diesem Wirwar dirigiren können und wollen?“
„Ohne Intelligenz und Gewisheit, wo die nicht ist, wie soll das alles gehen? von üblem Willen und gleichgültiger Trägheit nicht zu reden.“
„Wenn ein Prediger erschossen seyn wird, hat die Sache ein Ende.“

Man sieht hieraus, daß der König wenig Vertrauen zu seinem Volke und von dem neuen, in demselben sich regenden Geiste seine Kenntniß hatte, wie er denn auch noch viel später diesem Geiste, selbst als er sich bereits in der großartigen Erhebung der Provinz Preußen bewähret hatte, mit Mißtrauen begegnete.

Arndt hatte also die Randbemerkungen des Königs in sein Tagebuch geschrieben. Als man die Untersuchung wider ihn einleitete und alle seine Papiere mit Beschlag belegte,

*) Später schlug Tschoppe das Gewissen über das von ihm angerichtete Unheil und er starb im Wahnsinn.

*) Erhebung Aller. **) Gestaltlose Verwirrung. ***) Hinrichtungen.

land man auch dieses Tagebuch und sagte wider Urndt den Verdacht, daß sie von ihm herrühren und sich auf den Plan eines Aufstandes wider die deutschen Regierungen bezögen und die künftl. preussische Staatszeitung deutete in einem öffentlichen Artikel über die demagogischen Umtriebe darauf hin: Urndt habe in einem merkwürdigen Entwurfe bei Aufhängen auf Hinrichtungen gesonnen und Prediger gelegentlich erschlagen lassen wollen.

Urndt war ein muthiger und kräftiger Mann, er überwand die Kränklichkeit, welche er um Preußen und Deutschland wahrlich nicht verdient hatte. Ja, es war ihm sogar vergönnt, alle seine Feinde zu überleben, und erst nachden ganz Deutschland seinen 90. Geburtstag mit ihm friedlich begangen, wurde er zu seinen Vätern verammelt. Viel trauriger war das Schicksal so mancher seiner Leidensgenossen: nicht wenige starben in den Gefängnissen, anderen wurde der Lebensmuth getrocknet, ein zerstörtes Leben war ihr Loos.

Wir aber schließen mit dem Trostwort, das der große Minister Stein unter dem 9. Februar 1822 an Urndt richtete:

„Allerdings ist es gegenwärtig besser als es vor 10—12 Jahren war, aber des Schlechten und Nichtswürdigen giebt es noch genug übrig, um alle Gutesinnigen zu betrüben und sich mit dem Trost aufzurichten zu müssen, daß eine väterliche und weise Vorgesierung es so eingerichtet, um uns in unserer Unabhängigkeit an das Gute zu fähren und zu fähren. Der alte gute Gleim singt wahrer als poetisch:

Du Mensch, das Böse bindet sich
Zur Strafe selbst die Ruthe,
Du Feind des Bösen tröste Dich,
Aus Bösem quillt das Gute.“

Irren ist menschlich.

Wir haben vorige Woche den Fehler begangen, an die großen Worte der feudalen Blätter zu glauben. Wir halten es für unsere Pflicht dies offen einzugestehen und versprechen hiennt Befesser. Mag die Provinzial-Korrespondenz, mag das Blatt, welches, wie Herr von Bismark sagte, ihm bisweilen sein Bestes, seine weißen Blätter darbietet, um darauf zu schreiben, die Norddeutsche allgemeine Zeitung, mag die Zeidler'sche Korrespondenz in Zukunft noch so große Worte über die Absichten der Regierung machen, wir versprechen feierlich ihnen kein Wort mehr zu glauben. Uebrigens können wir zu unserer Entschuldigung anführen, daß wir uns den Gegenbefehl an die im Rückmarsch begriffenen Truppen und das Zusammenbleiben der westphälischen und brandenburger Division nicht anders erklären konnten. Wer, so fragen wir, konnte erwarten, daß dieser gewaltig freisende Berg die winzig kleine Maus des Antrages am Bunde auf Zurückziehung der Bundeserkeutionsstruppen gehören würde.

Die Angelegenheit konnte auf zweierlei Weisen behandelt werden. Entweder in der von den feudalen Blättern mit Trompetenschreien verkündeten Art, daß man Truppen aufstellte und Sachten erklärte: Ihr geht hinaus, oder ihr werdet hinaufgeworfen. Oder auf dem jetzt von der Regierung betretenen Wege des Antrages an den Bund. Für jede von beiden Maßregeln ließ sich viel anführen. Beide zu gleicher Zeit zu ergreifen, das hat gar nichts für sich.

Wer in einer Versammlung von Gleichberechtigten einen

Antrag einbringt, der bekundet dadurch, daß er die Absicht hat, sich dem Beschluß der Mehrheit über diesen Antrag bereitwillig zu unterwerfen. Wollte also die Regierung dadurch, daß sie den Antrag auf Zurückziehung der Bundesstruppen am Bundestag stellte, die Beiwigniß des Bundes, zur Entscheidung der zwischen ihr und der sächsischen Regierung entstandenen Streitfrage, ausdrücklich anerkennen, so hätte sie die Truppenaufstellung nicht vorhergehen lassen sollen. Dadurch, daß sie jetzt Beides gethan hat, hat sie einerseits eine große Ansehung hervorgerufen und sich den Haß der Mittelstaaten zugezogen, ohne andererseits die Frucht der Wachtensaltung zu gewinnen.

Uebrigens können wir nicht unterlassen, auch bei dieser Gelegenheit abermals darauf hinzuweisen, daß es hohe Zeit ist, endlich das Schicksal der Herzogthümer zur Entscheidung zu bringen und daß ihre Bewohner über die Zukunft ihres Landes ein Wort mitzureden haben. Möge man übrigens stets eingedenk sein, daß die Schlezung-Holsteiner sich zwar schwer zu angreifswesen politischen Handlungen entschließen, daß sie aber im jähren Widerstande gegen die ihnen aufgetragenen Staatseinrichtungen Großes und Bewundernswürdiges geleistet haben.

Spreschaal.

Herr Redakteur!

Ich bitte Sie, mir eine kurze Bemerkung zu Ihrem Leitartikel in Nr. 10 der „Verfassung“ zu erlauben. Gewiß bin ich damit einverstanden, daß die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten es wohl verdient haben, daß die Preussische Regierung die Bundeserkeutionsstruppen ohne viele Umstände aus Holstein herauskomplementirte. Gleichwohl wünsche ich hinzugefügt, daß es und Preußen durchaus nicht gleichgültig ist, wenn auch die Bevölkerung der Mittel- und Kleinstaaten durch das Verfahren unserer Regierung sich verletzt fühlen sollte. Wir dürfen ja nicht leugnen, daß auch die gerodetste Zurückweisung mittel- und kleinstaatlicher Annahmungen so lange als eine auch dem deutschen Volke zugefügte Kränkung betrachtet werden kann, als die Preussische Regierung nicht offen und klar mit ihren eigentlichen Absichten herortritt. So lange dies nicht geschieht, kann man es Niemandem, und namentlich nicht den Deutschen außerhalb Preußens, verargen, wenn sie fürchten, daß jeder, auch der an sich gedächstfertigste Gebrauch, den unsere Regierung von ihrer Stärke macht, am Ende doch nur dazu dienen soll, die besondern Pläne der gerade am Ruder sich befindenden Partei, nicht aber die wahren Interessen und den wohlberechtigten Willen des Preussischen und Deutschen Volkes durchzuführen.

Wenn Sie, wie ich wohl hoffen darf, dieser Bemerkung beistimmen, so eruche ich Sie, derselben einen Platz in der nächsten Nummer Ihres Blattes anzuweisen.

(Wir wollen dem geehrten Herrn Einsender gern zugestehen, daß wir uns in dem „die Herzogthümer“ überschriebenen Aufsatz deutlicher hätten ausdrücken können. Er wird uns hinwiderum einräumen müssen, daß der Bundestag sich in der hofsteinischen Frage abermals unfähig zur Vertretung der deutschen Interessen erwiesen hat und dies wird so bleiben, bis einst ein deutsches Parlament entscheidend auf die Schicksale des Vaterlandes einwirken wird. — Möge der Tag der Verwirklichung nicht allzufern sein.)

Die Redaktion.]

Zu Weihnachtsgeschenken
empfehlen die Verlagshandlung von Franz Duncker in
Berlin:

Otto Nuppins' Romane

aus dem deutsch-amerikanischen Leben.

Der Pöbeler. Geh. 12 Sgr. — **Das Vermächtniß des Bedlars.** Geh. 12 Sgr. — **Geld und Geist.** Geh. 12 Sgr. — **Der Dreiersteufel.** Geh. 16 Sgr. — **Grenzbilder,** enthaltend: Wie ich im Westen hängen blieb. Ein deutscher Pferdehieb. Eine Karriere in Amerika. Der erste Ball in Milwaukee. Aus dem Schullehrerleben im Westen. Waldspinnne. Geh. 16 Sgr. — **Im Westen.** Band I, enthaltend: Mary Kruger. Buchhändler. Geh. 16 Sgr. — **Im Westen.** Band II, enthaltend: Auf Negierungslande. Vermiss! Unter Fremden. Geh. 16 Sgr. — **Südwelt.** Enthaltend: Die Nachbarn. — Bill Hammer. Eine Spelulation. Geh. 16 Sgr. **Zwei Welten.** Geh. 16 Sgr.

Aus dem deutschen Volksleben.

Band I, enthaltend: Ein Stück deutsches Bauernleben. Drei Tage aus dem Leben eines Schulhebers. Traumlöbige und der seltsame Schneider. Geh. 16 Sgr. — Band II, enthaltend: Schlamm und fester Boden. Priester und Bauer. Eine Weberfamilie. Geh. 16 Sgr. **Elegant in Calico gebunden kostet der Band 5 Sgr. mehr.**

Die Erzählungen und Romane des leider zu früh verstorbenen **Otto Nuppins** gehören zu den beliebtesten in der Unterhaltungs-Literatur und mit Recht, da nur wenige es wie **Nuppins** verstanden haben, unter den verschiedensten Verhältnissen das innere deutsche Wesen, das deutsche Gemüth in so herrlicher, herzagewinnender Weise zur Geltung zu bringen.

Die Verlagshandlung hat ihrerseits, um **Nuppins'** Schriften zu einem Gemeingut des deutschen Volkes zu machen, den Preis der Bändchen, deren jedes einzeln zu haben ist, äußerst niedrig gestellt, mögen sie daher auch zum bevorstehenden Feste recht vielseitig zu Geschenken benutzt werden.

Vorräthig in allen Buchhandlungen.

Im Verlage von Alexander Jonas in Berlin ist erschienen:

Die preussische Militärfrage

und
das Gesetz vom 3. September 1814.

Zum allgemeinen Verständniß für das Volk
kurz dargestellt
von
Dr. Gustav Lewinstein.

Bei der Wahrheitsliebe, daß die Frage über die künftige Gestalt unserer Armee in kurzer Zeit wieder zu eingehenden Verhandlungen Veranlassung geben wird, dürfte diese Schrift, welche in einfacher und klarer Weise die dabei in Betracht kommenden Fragen entwickelt, Manchem willkommen sein.

Bei T. Grieben in Berlin, Lindenstr. 28, ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

25. Auflage. Die diätetische Peilmethode

ohne Arznei und ohne Wasserkur,

ausführlich beschrieben nach dem Verfahren des Naturarztes **Schroth** von **Dr. Moriz Kypke.** I. Theil: Heilung der chronischen oder langwierigen Krankheiten unter Herbeiführung eines gesunden Magens und einer kräftigen Verdauung, mit einer sorgfältigen Darlegung der Anpassigkeit und Gefährlichkeit der Arznei-

kuren. 25. Auflage. 20 Sgr. — II. Theil: Heilung der acuten oder bishigen Fieber, und Entzündungskrankheiten. Nach den zweckmäßigsten Verhaltungsregeln bei Vergiftungen. 19. Auflage. 15 Sgr.

Zu Weihnachts-Geschenken

empfehlen die Verlagshandlung von Franz Duncker in Berlin folgende ausgezeichnete Romane:

Clot, George, Adam Bede. Uebersetzt von **Dr. Julius Frese.** 2 Bde. Eleg. geb. 2 1/2 Thlr.
— **Die Mühle am Floß.** Uebersetzt von **Dr. Julius Frese.** 2 Bde. Eleg. geb. 2 Thlr.
— **Silas Marner, der Weber von Raveloe.** Uebersetzt von **Dr. Julius Frese.** Eleg. geb. 24 Sgr.
Hartmann, Moriz, Erzählungen eines Künstlers. 2 Bde. Eleg. geb. 3 Thlr.
— **Von Frühling zu Frühling.** Eleg. geb. 1 Thlr. 10 Sgr.
Komert, Leopold, Am Vflug. Eine Geschichte. 2 Bde. Eleg. geb. 2 1/2 Thlr.

Vorräthig in allen Buchhandlungen.

Zu Weihnachts-Geschenken

empfehlen die Verlagshandlung von Franz Duncker in Berlin:

Goethe's Leben und Schriften. Von **G. G.**

Wewes. Mit Genehmigung des Verfassers überfetzt von **Dr. Julius Frese.** **Oktav-Ausgabe.** Dritte Aufl. 2 Bände. Elegant gebettet 4 Thlr. Elegant gebunden in Halbfranz 5 Thlr. **Klassiker - Ausgabe.** Sechste Aufl. 2 Bände. Eleg. gebettet 2 Thlr. Eleg. gebunden 2 Thlr. 10 Sgr.

Schiller's Leben und Werke. Von **Emil**

Pallaske. **Oktav-Ausgabe.** 2 Bände. Elegant gebettet 4 Thlr. Elegant gebunden in Halbfranz 5 Thlr. **Klassiker - Ausgabe.** Vierte Auflage. 2 Bände. Elegant gebettet 2 Thlr. Elegant gebunden 2 Thlr. 10 Sgr.

Vorräthig in allen Buchhandlungen.

Zu Weihnachtsgeschenken für die Jugend
empfehlen die Verlagshandlung von Franz Duncker in Berlin:

Grimm's Kinder- und Haus-

märchen. 11. Auflage.

Mit 7 Illustrationen von **E. Dietrich** und einem
Umschlag in Farbendruck, elegant cart. 15 Sgr.

Ausgabe auf Velinpapier mit 7 Illustrationen von
E. Dietrich, elegant in Calico geb. 1 Thlr.

Howitt, W., der staubhafte Gabriel. Eine Erzählung für die Jugend. Mit Titelkupfer, elegant cart. 10 Sgr.

Jakobs, F., Hellas. Vorträge über Heimath, Geschichte, Literatur und Kunst der Hellenen. Elegant kartonirt in farbigem Umschlag 1 1/2 Thlr.

Ahlenbuth, C., Der junge Chemiker. Eine Anleitung zur Aufstellung von chemischen Apparaten. Mit vielen Illustrationen. Elegant geb. 1 1/2 Thlr.

Vorräthig in allen Buchhandlungen.